

Der Vollzugsdienst

2/2011 - 58. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Der Tarifabschluss für die Landesbeschäftigten ist unter Dach und Fach

Ein Ergebnis mit Licht und Schatten

Seite 1

Nach der Bürgerschaftswahl in Hamburg: Hoffnung auf den Erhalt der JVA Glasmoor

Überprüfung des Beschlusses zur Verlagerung der JVA angekündigt

Seite 29

Die Personalausgaben des Landes Hessen liegen im Durchschnitt

Vergleich der Strafvollzugsausgaben zwischen den westlichen Bundesländern

Seite 33

CESI - Gewerkschaft in Europa



Der Weg der italienischen Justizgewerkschaft Sappe in den europäischen Verband CESI führt über den BSBG. Mehr dazu auf Seite 4.

Der Landeshauptvorstand tagte in Stuttgart

Mit Wolfgang Neureuther ist wieder ein Beamter des Werkdienstes stellvertr. Vorsitzender im Landesvorstand

Die berühmten 100 Tage Schonfrist hat man dem neuen Landesvorsitzenden Alexander Schmid nach seiner Amtsübernahme von Ernst Steinbach am 5. November 2010 nicht zugestanden – und er hat sie sich auch wie selbstverständlich nicht genommen. Sein Terminkalender war bereits im November und Dezember 2010 prall gefüllt. Das Ende November 2010 überraschend aufgelegte Sparpaket der Landesregierung über 500 Mio. Euro erforderte vielfach Aktivitäten gemeinsam mit dem BBW. Das war ein hartes Stück Verbandsarbeit.

Mit seinen „Gedanken zu Weihnachten und zum Neuen Jahr 2010“ umriss Alexander Schmid die mannigfachen Probleme im Justizvollzug sowie im neuen Dienstrecht und die auf uns wartenden Aufgaben. Er sprach aber vor allem seinen herzlichen Dank den Mitgliedern und den verschiedensten Gremien des BSBD aus – verbunden mit der Hoffnung auf eine weitere gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Am 4. Februar 2011 begrüßte er aber zunächst im Commundo-Tagungshotel in Stuttgart-Vaihingen kurz nach 9.30 Uhr die aus allen Landesteilen angereisten Mitglieder des Landeshauptvorstandes zu seiner ersten gemeinsamen Sitzung im Jahre 2011. Nach den noch ausgebrachten guten Wünschen zum Neuen Jahr entbot er besonders herzliche Grüße den Ehrenmitgliedern Wolfram Müller und Ernst Steinbach.

Er entschuldigte die Vorstandsmitglieder Gerhard Maurer-Hellstern und Frank Maertins, der wegen einer Erkrankung nicht teilnehmen konnte. Jus-

titiar Gerhard Maurer-Hellstern war aus dienstlichen Gründen bereits am frühen Morgen wieder nach Freiburg abgereist. Besonderen Dank wurde Kollegen Erich Haag ausgesprochen, der die Kassengeschäfte zur Hauptvorstandssitzung übernommen hatte.

Entschuldigt waren die Vorsitzenden der Ortsverbände Michael Junginger aus Konstanz, Dieter Schmucker aus Ulm, Hans Karl aus Stuttgart und Klaus Thillmann aus Schwäbisch Hall.

Ein besonders herzlicher Willkommensgruß galt den neu gewählten Vorsitzenden aus den Ortsverbänden Mannheim mit Jürgen Scheike und Offenburg mit Boris Rexter. Der Vorsitzende Schmid sprach die Glückwünsche des Vorstands aus und wünschte viel Erfolg in der Ortsverbandsarbeit.

Aus dem Kreise der Anwesenden wurde noch bekannt gegeben, dass im Ortsverband Rottweil Kollege Jörg Buchstor und im Ortsverband Freiburg Kollege Mathias Vogginger zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden waren.

Grundregel des Landesvorstandes

Sodann berichtete Alexander Schmid über die eingangs erwähnten vielfältigen, von ihm wahrgenommenen Termine.

Von besonderer Bedeutung war für ihn sein Antrittsbesuch am 8. Dezember 2010 bei der Verwaltungsspitze des Justizvollzugs im Justizministerium. Zusammen mit dem ehemaligen Vorsitzenden Ernst Steinbach wurde er von Ministerialdirigenten Ulrich Futter und Leitenden Ministerialrat Justus Schmid empfangen. Diese Zusammenkunft im kleinen Kreise diente dem gegenseitigen Kennenlernen und der Gestaltung künftiger Kontakte. Dabei stellte der neue Vorsitzende heraus, dass ihm sehr viel

an der Fortsetzung der guten und von seinen Vorgängern geprägten Tradition gelegen sei. Auch bei ihm stünden zur Problemlösung das fachliche Gespräch und der Austausch von Argumenten im Mittelpunkt. Deshalb sei es ihm wichtig, die bisher erfolgreich geübte Gesprächs- und Kommunikationskultur fortzusetzen. Diese solide Grundlage für eine weitere gute Zusammenarbeit wurde von den Gesprächspartnern uneingeschränkt geteilt.

Wie bestellt passt hierzu auch ein Kommentar von Michael Schwarz, der im STAATSANZEIGER vom 25. Februar 2011 im Zusammenhang mit dem

Sparpaket der Landesregierung und der Einrichtung von Konten für Lebensarbeitszeit abgedruckt worden ist.

Unter dem Titel: „Konto für Lebensarbeitszeit – Gewerkschaft ohne Gewerkschaftsrhetorik“ steht da:

„Sage und schreibe 26 Fachgewerkschaften gehören dem Beamtenbund an: Große wie die Deutsche Polizeigewerkschaft und winzige wie die Gewerkschaft Mess- und Eichwesen. Die eine zählt bundesweit 80.000, die andere gerade einmal 600 Mitglieder. (BSBD: 25.000 bundesweit, Red.)

Dass es der Standesorganisation dennoch gelingt, sich Einfluss zu verschaffen, hat paradoxerweise auch mit ihrer Zersplitterung zu tun. Während die Einzelgewerkschaften sich den Partikularinteressen ihrer Mitglieder verschrieben haben, agiert der Dachverband weitgehend ungestört und verzichtet auf hölzerne Gewerkschaftsrhetorik.

Zum Beispiel beim Streit um das geplante Lebensarbeitszeitkonto für Beamte in Baden-Württemberg: Während die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die dem deutschen Gewerkschaftsbund angehört, Zeter und Mordio schreit, verzichtet der Beamtenbund darauf und kooperiert stattdessen mit der Landesregierung. Und zwar auf eine Weise, wie sie schon bei der Dienstrechtsreform Früchte trug: Mit konkreten Vorschlägen, die mit Hartnäckigkeit gepaart sind.

Der GEW mögen die Schlagzeilen gehören, wenn sie jetzt zum Boykott gegen die freiwillige Mehrarbeit aufruft. Auf die Ausgestaltung des Lebensarbeitszeitkontos könnte jedoch der Beamtenbund einen größeren Einfluss haben. In Details kennt sich die Standesorganisation aus. Die Landesregierung hat die Wahl zwischen einem Partner, der seine Argumente im Kammerton vorträgt, und einem anderen, der scheinbar auf Krawall gebürstet ist. Beide haben ähnlich viele Lehrer als Mitglieder. Es wäre kein Wunder, wenn der Beamtenbund wieder einmal die Nase vorne hätte.“

Diese Grundsätze des Beamtenbundes bei Auseinandersetzungen um schwierige Sachfragen vertritt auch der Landesvorsitzende Alexander Schmid und der

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 30 Jahren.



Beamtendarlehen mit *Best-Preis-Garantie

Hypotheken- und Beamtendarlehendiscouter



* Best-Preis-Garantie der AK-Finanz: Bekommen Sie bei einem anderen Anbieter als Beamter a. L. oder unkündbarer Angestellter (i.ö.D.) nachweislich eine günstigere monatliche Rate für ein Beamtendarlehen als bei uns - bei 12jähriger Laufzeit – (inklusive Überschuss aus der Police), erhalten Sie einen **100,- € Tankgutschein**.

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

Angebotsbeispiel:

Äußerst günstige Beamten-/Angestellteendarlehen, z.B. B.a.L/Angestellte ö.D. unkündbar, 30J. alt, Lfz. 12 J., Sollzins fest (gebunden) 5,6%, 50.000 € Darlehensnettoantrag, mit. Rate 566,56 € inkl. erforderlicher LV, Kosten der Bank 1000 € = 2%, Darlehensnettoantrag 49.000 €, effektiver Jahreszins 6,66%. Bei 20 J. Lfz. Rate deutlich niedriger. Laufzeitverkürzung durch Gewinnanteilsverrechnung. Rufen Sie jetzt kostenfrei an. Baufinanzierungen ohne Eigenkapital bis 110%.

gesamte Landesvorstand, wenn in der Regel auf den Einsatz von Instrumenten wie Trillerpfeifen, Vuvuzelas oder Blechtöpfen zur Durchsetzung von Vorstellungen verzichtet wird. Denn wer gehört werden und sich durchsetzen will, muss leise sprechen. Und wer da seine Stimme verstärkt, wo er seine Argumente verstärken müsste, hat schon verloren (*Quelle: Anleihen französischer und englischer Ursprungs*).

Aber dennoch sind auch die Mittel des sichtbaren Protestes für den Landesvorsitzenden nicht ausgeschlossen. Wieder im Zusammenhang mit dem Sparpaket der Landesregierung hat er **am 5. Januar 2011** an den Vorsitzenden der **CDU-Landtagsfraktion – Peter Hauk** – u.a. Folgendes geschrieben:

„Wir wollen keine Eiszeit – und ehrlich gesagt, mache ich lieber Dienst in der JVA, als auf dem Schlossplatz einer Kundgebung beizuwohnen. Doch zögern, dort hin zu gehen, würde ich auch nicht. Wenn der Kollege Volker Stich uns ruft, werden auch wir da sein.“ Eine solche Option hält aber auch der BSBD für sich allein offen, wenn nun mal die Umstände dies erfordern würden!

Weitere Termine:

Am 09.12.2010 war der Vorsitzende bei der **Jahresversammlung des Ortsverbandes Freiburg**, wobei die Problematik des Werkdienstes von einigen Werkbeamten angesprochen wurde. Der Vorsitzende unterstrich dabei nachdrücklich, dass der **BSBD** nicht nur für den allgemeinen Vollzugsdienst, sondern für **alle** Kollegen und Probleme des Justizvollzugs da sei und sich entsprechend dafür einsetze.

Ein durchaus interessanter Termin sei der **Neujahrsempfang der Landesregierung** am 14.01.2011 mit ca. 3.000 Gästen im Neuen Schloss in Stuttgart gewe-

Bericht zur aktuellen Lage

In seinem Bericht zur aktuellen Lage ging der Vorsitzende Schmid auf folgende Themen ein:

Das **neue Dienstrecht** für das Land Baden-Württemberg ist gesetzlich verabschiedet und **am 01.01.2011 in Kraft getreten**. Dabei konnten im Vorfeld besonders problematische Planungen der Landesregierung durch gemeinsame Anstrengungen und Verhandlungen des **BBW** und seinen Fachgewerkschaften vom Tisch geholt werden.

So wird es **keine** vom System abgehobene **Leistungsbezahlung** geben, son-

den. Dieses eher glamouröse Event habe nebenbei auch durchaus sinnvoll Aspekte zum Knüpfen von Kontakten, zum Führen informeller Gespräche und somit zur „Lobbyarbeit“ – so nach dem Motto: „Sehen und gesehen werden.“

Am 18.01.2011 erfolgte die **Amts-einführung** des neuen Anstaltsleiters **Matthias Nagel** bei der **JVA Rottweil**. Diese Amtshandlung wurde von **Ministerialdirektor Michael Steindorfner** vom Justizministerium vorgenommen, der in seiner Rede auch auf die Umsetzung des geplanten Neubaus der JVA Rottweil einging, zur weitergehenden Ausgestaltung, wie z.B. zu Privatisierungsplänen, jedoch keine Ausführungen machte.

Die praktische Ausformung des **betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM)** nimmt offenbar konkrete Gestalt an: Am 26.01.2011 traf sich die hierzu eingesetzte Arbeitsgruppe im Justizministerium, wobei zu diesem Termin ein Lenkungszyklus gegründet worden ist. Dieser soll das praktisch Machbare aus den Rückmeldungen einer Ideenbörse herausfiltern und einen Empfehlungskatalog für konkrete Maßnahmen aufstellen. Da der **BSBD** in diesen Gremien mit zwei Mitgliedern des Landesvorstandes vertreten ist, können die Interessen unserer Mitglieder unmittelbar eingebracht und gewichtet werden.

Gesprächsthemen bei diesem Termin am 26.01.2011 waren auch die **Gestaltung der blauen Uniform** und die Umsetzung einzelner Maßnahmen im Rahmen des neuen **Dienstrechtsgesetzes**.

Am 26./27.01.2011 fand zudem eine **Tagung für Personalräte** der Justizvollzugsanstalten statt, woran der Vorsitzende **Schmid** und sein Stellvertreter **Georg Konrath** teilgenommen haben.

Weitere Tagungen und Termine im laufenden Jahr für BSBD-Mitglieder im Lande werden an anderer Stelle dieses VOLLZUGSDIENSTES bekannt gegeben.

den die Leistung wird entsprechend durch **Beförderungen** honoriert. Ebenso wird die sehr umstrittene **Ballungsraumzulage** nicht eingeführt. Die ehemaligen Besoldungsstufen werden durch sogenannte **Erfahrungsstufen** abgelöst; hierbei war zunächst eine Reduzierung auf vier Stufen geplant, es ist jedoch am Ende bei zwölf Erfahrungsstufen geblieben.

Ein positives Ergebnis ist der **Wegfall des einfachen Dienstes**, wovon im Lande ca. 470 Kolleginnen und Kollegen profitieren werden. In diesem Zusam-

menhang werden u.a. alle A 3- und A 4-Stellen auf A 5 angehoben.

Auch die lange kontrover diskutierte und umstrittene **Besoldungsverlagerung** von „**Alt nach Jung**“ wird nicht kommen. Hier wurden die Negativerfahrungen des Bundes von vor zehn Jahren berücksichtigt und diese Entscheidung ist positiv zu werten, denn dieses System hätte auch direkte Auswirkungen auf die Versorgungsbezüge gehabt.

Qualifizierung und Aufstieg werden ermöglicht, wozu Fortbildungsseminare – mit Teilnahme-Zertifikat, aber ohne Prüfung – einzurichten und anzubieten sind.

Nicht abgewendet werden konnte schließlich die **Erhöhung des Pensionsalters** auf das 67. bzw. 62. Lebensjahr. Dies soll gewissermaßen ein Solidarbeitrag zur Absicherung der Versorgung sein, denn nur durch diese Erhöhung könne das Pensionsniveau erhalten werden. Zudem wurde den Beamten und Beamtinnen die Möglichkeit eröffnet, freiwillig länger zu arbeiten.

Schließlich entfällt der im Lande bisher eingerichtete **Landespersonalausschuss**, und das **Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG)** wurde geändert, wobei es zu immer noch umstrittenen Einschränkungen gekommen ist.

Beim Thema „**Gitterzulagen**“ für Beamte und Tarifbeschäftigte sind noch viele Details ungeklärt. Hier müssten Sondervereinbarungen bei den nunmehr anstehenden Tarifverhandlungen gefunden werden, da verschiedene Leistungen den Tarifkräften bisher noch nicht zustünden.

Der **BSBD-Landesverband** hat sich in diesem Zusammenhang an die zuständigen Stellen bei der **dbb-tarifunion** und beim **BSBD-Bundesverband** gewandt (s. hierzu **AKTUELL Nr.1/2011**).

Als weiteres brisantes Thema spricht der Landesvorsitzende das von der Landesregierung aufgelegte Sparpaket über 500 Mio. Euro an.

Auch hier konnten – zumindest vorläufig bis zur Landtagswahl – äußerst empfindliche Einschnitte abgewendet werden.

Bis auf BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN haben viele maßgebliche Politiker der anderen drei Landtagsparteien zugesagt, die für 2011 vorgesehene Besoldungserhöhung, die integrierte Sonderzahlung, die Beihilfesätze für Versorgungsempfänger u.a. nicht anzutasten.

Übrig blieb nur das sogenannte **Vorgriffsstundenmodell**, jedoch nicht als verpflichtende Maßnahme für jüngere Beamtinnen und Beamte, sondern als Regelung auf freiwilliger Basis (siehe hierzu auch die ausführliche Berichterstattung mit dem Titel: „**Die Story vom**

Sparpaket“ im VOLLZUGSDIENST 1/2011, S. 7 – 12).

Dies alles – so der Vorsitzende – konnte durch eine starke, hartnäckige und vor allem kompetente Vertretung durch den **Vorsitzenden des BBW – Volker Stich** – gegenüber der Landesregierung erreicht und durchgesetzt werden.

Ministerpräsident Stefan Mappus hat sich schließlich auch dazu entschlossen, eine **Besoldungserhöhung von vorläufig zwei Prozent** für die Landesbeamten und -beamtinnen festzulegen und auf den **01.04.2011** zu terminieren. Ob dieses ungewöhnlichen Schrittes hat er sich massive Kritik der unter dem Dach des DGB agierenden Gewerkschaften zugezogen – und zwar deshalb, weil die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder und Kommunen noch nicht abgeschlossen seien.

Da in diesen Verhandlungen von Verdi und dbb-tarifunion Gehaltserhöhungen von drei Prozent + einem Sockelbetrag von 50 Euro gefordert werden, kann aus unserer Sicht auch die vorgezogene Besoldungserhöhung von zwei Prozent nicht das letzte Wort sein (s. auch **STAATSANZEIGER** – Landespolitik – vom 18.02.2011 und einen weiteren kleinen **Artikel in diesem VOLLZUGSDIENST**).

Der Landesvorsitzende führte weiter aus, dass insgesamt für die Beamten-schaft eine Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung und den sich daraus ergebenden Mehreinnahmen bei den Steuern zu Recht gefordert wird.

In diesem Zusammenhang ging der Vorsitzende auch kurz auf die **allgemeine wirtschaftliche Lage** ein. So sei nach den neuesten Veröffentlichungen des statistischen Landesamtes die Wirtschaftsleistung im Jahre 2010 um vier Prozent gestiegen. Im ersten Quartal 2011 werde ein Realwachstum von fünf Prozent erwartet.

Allerdings tendierten wegen der wirtschaftlichen Erholung und der Teuerung bei den Rohstoffpreisen die Verbraucherpreise nach oben, so dass mit einer Inflationsrate von rund zwei Prozent oder knapp darüber gerechnet werden könnte. Hingegen sei auch der ifo-Geschäftsklimaindex zum sechsten Mal in Folge angestiegen und erreiche damit nun den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung.

Unter diesen allgemein wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekten werde auch deutlich, dass die jetzt vorgenommene Besoldungserhöhung ein durchaus „freundlicher Schritt“ der Landesregierung in die richtige Richtung sei, dem aber unbedingt noch weitere Schritte folgen müssten.

Wahl eines stellvertretenden Landesvorsitzenden

Maßgeblicher Anlass für die Einberufung des Landeshauptvorstandes zum 4. Februar 2011 war der Umstand, dass durch die Wahl von Alexander Schmid zum Landesvorsitzenden seine bis zum November eingenommene Funktion als stellvertretender Landesvorsitzender vakant geworden war.

Gemäß § 14 Satzung **BSBD LV BW** ist geregelt, dass der Landeshauptvorstand binnen drei Monaten einen Nachfolger zu wählen hat, falls der Vorsitzende oder ein stellvertretender Vorsitzender vor Ablauf seiner Amtszeit ausscheidet. Nach sinngemäßer Anwendung dieser Vorschrift war somit eine Wahl erforderlich.

Bereits bei der Landeshauptvorstandssitzung am 5. November 2010 hatten sich fünf Kollegen für den Posten eines stellvertretenden Landesvorsitzenden beworben; dies waren die Kollegen:

- **Klaus Frank** vom Ortsverband **Mannheim**,
- **Detlef Hamacher** vom Ortsverband **Rottenburg**,
- **Wolfgang Neureuther** vom Ortsverband **Heilbronn**,
- **Friedrich Prange** vom Ortsverband **Heimsheim** und
- **Klaus Schiff** vom Ortsverband **Rottweil**.

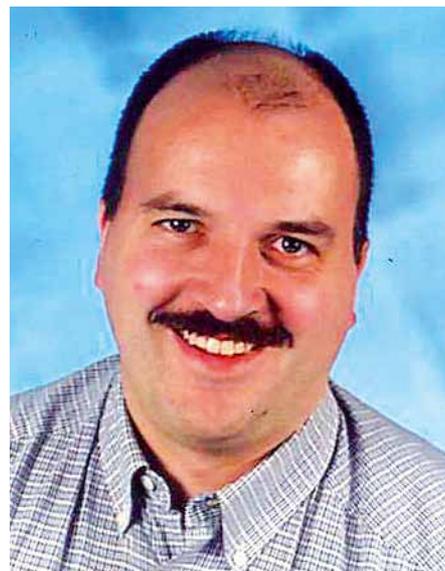
Diesen fünf Kandidaten wurde ab Anfang Januar 2011 Gelegenheit gegeben, sich auf der Homepage des **BSBD**-Landesvorstandes mit einer kurzen Biografie und ihrem beruflichen Werdegang vorzustellen. Da Kollege **Prange** aus von ihm dargelegten und nachvollziehbaren Gründen seine Kandidatur zurückgenommen hatte, haben von diesem Angebot der Vorstellung die vier restlichen Kandidaten Gebrauch gemacht.

Bei der nunmehr stattgefundenen Sitzung des Landeshauptvorstandes haben sich die vier Kollegen dann nochmals dem Gremium vorgestellt.

Alexander Schmid dankte für das Interesse an der Vorstandsarbeit

Der Vorsitzende **Alexander Schmid** dankte den Kandidaten für ihr Interesse an der Vorstandsarbeit, und er sei überzeugt davon, dass alle vier Kollegen sehr wohl für eine Mitarbeit im Landesvorstand geeignet seien. Da jedoch nur ein Kandidat den Platz eines stellvertretenden Vorsitzenden einnehmen könne, wolle er im Einklang mit seinem Vorstand eine Präferenz setzen. Er fühle sich als Vorsitzender auch verpflichtet, die Anwesenden des Landeshauptvor-

standes vorab zu informieren, auf welchen Kandidaten man sich verständigt habe. So sei für den Vorstand in der derzeitigen Situation eine Zusammenarbeit mit dem Kollegen **Wolfgang Neureuther** am ehesten vorstellbar. Er käme aus dem Werkdienst, der zahlenmäßig zweitstärksten Gruppe im Landesverband, die jedoch seit geraumer Zeit im Vorstand überhaupt nicht mehr vertreten sei. Ein weiteres gutes Argument sei das Abschneiden von **Wolfgang Neureuther** bei den letzten Hauptpersonalratswahlen, bei denen er an dritter Stelle der abgegebenen Stimmen aus dem Vollzugsbereich lag. Neben diesem eindrucksvollen Vertrauenspolster sei insbesondere zu bedenken, dass den Werkbediensteten im Lande klar signalisiert werde, dass sie beim **BSBD** sehr gut aufgehoben sind und insoweit auf eine Mitgliedschaft beim **BTB** verzichten können.



Wolfgang Neureuther

Dennoch hoffe der Vorsitzende, dass die Bereitschaft aller Kandidaten erhalten bliebe, wenn erneut frei werdende Ämter im Landesvorstand wieder zu besetzen seien.

Zur Durchführung einer ordnungsgemäßen Wahl wurden vom Landeshauptvorstand die **Ehrenmitglieder Wolfram Müller** und **Ernst Steinbach** als Wahlleiter bestimmt. Die Prüfung der Wahlberechtigung der anwesenden Mitglieder des Landeshauptvorstandes ergab die Anzahl von 40 Stimmberechtigten.

Die Auszählung nach der Stimmabgabe führte zu folgendem Ergebnis:

- **Kollege Wolfgang Neureuther: 21 Stimmen**
- **Die restlichen 19 Stimmen verteilten**

sich etwas unterschiedlich auf die anderen Kandidaten.

Damit war **Wolfgang Neureuther** mit absoluter Mehrheit zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Er nahm die Wahl mit Dank für das ausgesprochene Vertrauen an. Unter dem Beifall der Anwesenden beglückwünschte der Landesvorsitzende seinen neuen Stellvertreter und er gab seiner Freude auf eine künftige gute Zusammenarbeit Ausdruck.

Der Landeshauptvorstand hatte über eine weitere Personalentscheidung zu bestimmen:

Da **Alexander Schmid** bis zu seiner Wahl am 05.11.2010 auch die Funktion des **Fachgruppenvertreters für den allgemeinen Vollzugsdienst** inne hatte, musste für diese Aufgabe nunmehr ein anderer Kollege gefunden werden. Hierfür wurde von der Fachgruppe des AVD Kollege **Jürgen Scheike** vom Ortsverband Mannheim vorgeschlagen. Unter Übernahme dieses Vorschlags stellte der Landesvorstand den Kollegen **Jürgen Scheike** zur Wahl, die einvernehmlich durch Akklamation erfolgte.

Damit war Kollege **Scheike** als Fachgruppenvertreter des AVD auf Landesebene bestimmt, wozu er vom Landesvorstand beglückwünscht und ihm jegliche Unterstützung zugesagt wurde.

Zum Abschluss der Landeshauptvorstandssitzung am 04.02.2011 sind noch folgende Punkte zu erwähnen:

- Kollege **Detlef Hamacher** regte an, wie vor der letzten Landtagswahl 2006 „Wahlprüfsteine“ zu verfassen, um entsprechend die Parteien des Landtags befragen zu können. Nach Auskunft des Landesvorsitzenden ist dies bereits geschehen und die Wahlprüfsteine werden in Kürze an die Landtagsfraktionen und die Strafvollzugsbeauftragten der Parteien versandt werden. Erstellt wurden die Wahlprüfsteine vom Vorsitzenden, vom Presseferenten und von der Geschäftsführerin. Sobald die Antworten der im Landtag vertretenen Parteien – zur erbetenen Frist am 10. März 2011 – vorliegen werden, werden die Vollzugsbediensteten des Landes umgehend über die BSBD-Homepage und mit einem AKTUELL informiert werden.
- Nicht unerhebliche Probleme traten bisher mit der **Neufestsetzung der „Gitterzulage“** auf. Ganz aktuell liegt ein Schreiben des Landesamtes für Besoldung und Versorgung vor, das einem Kollegen des AVD der JVA Heilbronn zugesandt worden ist. Danach soll offenbar die angepasste Gitterzulage auf

andere Zulagen angerechnet werden, so dass parallel eine Kürzung eintreten würde. Der stellvertretende Landesvorsitzende **Georg Konrath** konnte bereits am Morgen des Sitzungstages telefonisch mit einem zuständigen Abteilungsleiter des Landesamtes abklären, dass

dieses Schreiben einen unrichtigen Sachverhalt wiedergegeben habe und deshalb als **gegenstandslos** zu betrachten sei. Die Kurzfristigkeit der Umstellungen hat offenbar zu Schwierigkeiten bei der Abwicklung im Landesamt geführt, es ist aber zur Beruhigung anzumerken, dass nichts verloren gehe und entsprechend nacherstattet werde. Es bedürfe nur etwas Geduld.

- Aufgrund **europäischer Richtlinien zum Arbeitsschutz** ist die **Wechselschicht-AV** neu zu fassen. Dabei besteht die erhebliche Schwierigkeit, dass **nicht im Anschluss** an einen Sieben-Tage-Rhythmus, sondern bereits **innerhalb** dieses Sieben-Tage-Zeitraums umfassende Zeitausgleiche geschaffen werden müssen. Durch diese Regelung würde sehr einschneidend in das System der Dienstgruppen und der Einteilung der Wochenenddienste eingegriffen werden. Insoweit wäre auch eine tiefgreifende Umgestaltung der Dienstpläne in den Anstalten notwendig. Der **Entwurf** der neu gefassten

Beamten- und Angestellten-Darlehen

Partner der Nürnberger Versicherung

TOP-ZINSSÄTZE

- für Beamte und Tarifbeschäftigte ab 5-jähriger Beschäftigung
- auch für Pensionäre bis 58 Jahre
- Darlehenshöhe ab 10.000,00 € bis 80.000,00 €
- Festzinsgarantie, Laufzeiten 12, 15 und 20 Jahre
- Sondertilgung und Laufzeitverkürzung möglich
- auch ohne Ehepartner
- für jeden Zweck: Anschaffungen, Ausgleich Girokonto, Ablösung andere Kredite

Kostenlose Beratung Mo. bis Fr. von 8.00 bis 20.00 Uhr

Info-Büro: 08 00 - 7 78 80 00

Fax-Nr. 0 51 30 - 79 03 95
vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark
www.beamtendarlehen-center.de
E-Mail: jaeckel@beamtendarlehen-center.de

Wechseldienst-AV des JuM ist derzeit bei den Anstaltsleitungen und den Personalräten zur Abgabe von Stellungnahmen im Umlauf. Kollege **Georg Konrath** erhofft sich eine rege Diskussion und praktikable Vorschläge zu dieser Problematik auf ganzer Breite in den Anstalten, da derzeit tragfähige Lösungen noch nicht in Sicht seien.

Anregender Gedankenaustausch zu vielfältigen Problemen

Nach diesem anregenden und ertragsreichen Gedankenaustausch zu vielfältigen Problemanzeigen und guten Personalentscheidungen verabschiedete der **Landeshauptvorstand** die Mitglieder des **Landeshauptvorstandes** in das Wochenende, nicht ohne vorher den nächsten Termin bekanntzugeben: **Die Herbsttagung des Landeshauptvorstandes wird am 21. Oktober 2011 stattfinden – voraussichtlich in den Räumen der BGV in Karlsruhe.**

wok

Mitgliedschaft und Teilnahme für BSBD'ler – und Gäste lohnen sich:

Wichtige Tagungen mit Terminen

- Tagung der **Arbeitsgruppe Allgemeiner Vollzugsdienst** am 14.04.2011 in der **JVA Pforzheim** (Leitung: **Jürgen Scheike**)
- Tagung für **Ortsverbandsvorsitzende und Kassiere** am 07.07.2011 im **Commundo-Hotel in Stuttgart-Vaihingen** (Leitung: **Alexander Schmid**)
- Tagung für „**Pensionsnahe Jahrgänge**“ am 06.10.2011 in der **KVJS-Tagungsstätte in Gültstein** (Leitung: **Alexander Schmid**)
- Tagung für **Personalräte des BSBD** am 17. und 18.10.2011 im **Hotel Roger in Hößlinsülz** (Moderation: **Georg Konrath**)
- **Landeshauptvorstandssitzung des BSBD Landesverbandes Baden-Württemberg** am 21.10.2011 bei der **BGV in Karlsruhe**.

Die Aufzählung ist nicht abschließend – anlassbedingt können ggf. weitere Tagungen hinzukommen.

Jetzt die Welt entdecken mit Ihrem Verbands- reisebüro Merkana!



Ihre Vorteile als BSBD-Mitglied:

- 5 %* Rückvergütung bei Pauschalreisen aus unserem Sortiment - sechs Wochen nach Reiseende erhalten Sie von uns 5 %* des Reisepreises auf Ihr Konto zurück
- Kostenloser Preisvergleich aller Reiseveranstalter
- BEST BUY - Vergleich aller Airlineangebote unter Berücksichtigung gewünschter Flugzeiten
- Sonderkonditionen bei zahlreichen Fluggesellschaften, in über 9.000 Hotels und bei Mietwagen weltweit
- Persönliche Ansprechpartner
- VIP-Service
- Professionelle Gruppenorganisation
- Zeit- und kostenoptimierte Organisation Ihrer Geschäftsreisen

* Sonderregelung bei Schiffsreisen

Jetzt neu besuchen Sie uns online: www.verbandsreisebuero.de
Benutzer und Passwort: 12345

Ihr Verbandsreisebüro
Merkana Reisen
Alleestraße 68
42853 Remscheid

www.verbandsreisebuero.de
info@merkana.de
Tel.: 02191-9288-0
Fax: 02191-9288-231

**5%* Ihres
Reisepreises
zurück-
bekommen!**

Ein Partner des:



NACHRICHTENSPLITTER – kurz und WICHTIG

Aus dem STAATSANZEIGER – Landespolitik – vom 11.03.2011

Deckungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamtinnen und Beamten des Landes

„Im Tarifkonflikt für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder haben Gewerkschaften und Arbeitgeber nach drei Verhandlungsrunden eine Einigung erzielt.

Demnach bekommen die rund 585 000 Tarifbeschäftigten in diesem Jahr im Schnitt 2,3 Prozent mehr Geld, im nächsten Jahr beträgt das Plus 2,55 Prozent. ...“

Nach dem Verhandlungsführer der Arbeitgeber Hartmut Möllring „lägen die Kosten für die Länder in diesem Jahr bei 600 Millionen Euro, 2012 bei 1,2 Milliarden Euro. Die Einigung sieht eine Einmalzahlung von 360 Euro rückwirkend

zum 1. Januar vor, hinzu kommt eine lineare Gehaltserhöhung von 1,5 Prozent ab 1. April.

Zum 1. Januar kommenden Jahres steigen die Gehälter um einen Sockelbetrag von 17 Euro plus linear 1,9 Prozent.

Die Laufzeit des Vertrags beträgt zwei Jahre bis Ende 2012. Das Ergebnis soll zeitgleich auf die rund 1,1 Millionen Beamten übertragen werden.“

Wichtig für uns: Nun sollen „auch die Beamten in Baden-Württemberg mehr Geld bekommen. Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) hat versprochen, den Tarifabschluss ... für die Beamten zu übernehmen. Bislang hat-

te Mappus den 185 000 Beamten lediglich ein Plus von zwei Prozent zum 1. April zugesagt.

Dieser Schritt werde auch wie geplant erfolgen, sagte ein Sprecher des Staatsministeriums. Wie genau die weitere Steigerung (die für uns wegen der Einmalzahlung nicht unerheblich ist, d. Red.) umgesetzt werden soll, müsse das Finanzministerium nun ausarbeiten.“

Der **BSBD** merkt an: Hoffentlich kommt dieser Nachbesserungsauftrag nach der Landtagswahl auch im Hause des Finanzministers an und geht dort nicht – versehentlich – verloren.

Aus der STUTTGARTER ZEITUNG vom 10.01.2011

Welchen öffentlichen Dienst wollen wir?

Am öffentlichen Dienst kommt niemand vorbei. Ohne die viereinhalb Millionen Beschäftigten bei Bund, Ländern und Kommunen ginge nichts in diesem Land. Dennoch steht er in der Dauerkritik – und an Vorurteilen ist kein Mangel:

Teuer – ineffizient – zu viele Privilegien – zu wenig Leistung!

Umfragen belegen, dass die Bevölkerung von den konkreten Dienstleistungen gerne Gebrauch macht, aber den öffentlichen Dienst vor allem als Kostenfaktor wahrnimmt. So ist die Kritik immer und überall: Beispiele: *stern* Nr. 2/2011, *BERLINER MORGENPOST* vom 11.01.2011 – und bei allen exponiert voran: **Professor Dr. Bernd Raffelhüschen** vom Institut für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaften der Universität Freiburg, zugleich mehrfacher Aufsichtsrat bei Versicherungsgesellschaften – und besonders beißend: der **BUND DER STEUERZAHLER** mit den Herren **Dipl. oec. Karl-Heinz DÄKE** (BRD) und **Dipl. oec. Wilfried KRAHWINKEL** (Ba-Wue). Es

ist erstaunlich und unerquicklich zugleich: Manche gehören selbst zum ungeliebten Berufsstand, in dessen Nest sie machen – und andere würden wohl gerne dazugehören, haben's aber wohl nicht geschafft! (siehe hierzu: **BRH-Aktuell 06-11 mit dem Offenen Brief des BRH-Ehrenmitglieds HERBERT WEBER an Professor Dr. Raffelhüschen.**)

Deutschland liegt jedoch mit seinen Personalkosten (Personalkostenquote) international nur im Mittelfeld.

Nach Berechnungen des Ifo-Instituts München üben in

- Deutschland gerade einmal 12,6 % aller Beschäftigten ihren Dienst beim Staat aus.
- In den USA sind es 16,3 %,
- in Italien 18,7 %,
- in Großbritannien 21,3 %,
- in Frankreich 24,1 % und
- in Schweden 30,7 %.

Weitere Fakten sind:

- In Deutschland erhöhte sich in den letzten 10 Jahren der **Bruttoverdienst** nur

um 22,4 % und damit am wenigsten in ganz Europa mit einem Schnitt von 37,4%; der öffentliche Dienst lag noch deutlich darunter.

- Der **Arbeitskostenanstieg** betrug in Deutschland 19,4 %, in Europa dagegen 37,6%.
- In der Zeit von 2003 bis 2009 belieben sich die **Stellenstreichungen** im öffentlichen Dienst auf 10,8 % – ohne die gleichzeitige Reduzierung der Aufgaben; diese wurden dann eher noch erweitert!
- Es gibt immer größere Einschnitte an der Peripherie der Gehälter: jährliche **Kostendämpfungspauschale** bei der Beihilfe zwischen **75.- und 270.- Euro** und zusätzlich **13.- Euro pro Monat** für den Beibehalt von Zwei-Bett-Zimmern und ärztlichen Wahlleistungen bei Klinikaufhalten.
- Dabei werden die **privaten Krankenversicherungen** ständig wesentlich teurer durch entsprechende Beitragsanhebungen, während **gesetzliche Krankenversicherung** nur um ca. 0,6 % ansteigen.

(Text wurde teils übernommen und teils erweitert vom Landesvorsitzenden und von Pressereferenten)

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 30 Jahren.



Beamtendarlehen mit *Best-Preis-Garantie

Hypotheken- und Beamtendarlehendiscounter



* Best-Preis-Garantie der AK-Finanz: Bekommen Sie bei einem anderen Anbieter als Beamter a. L. oder unkündbarer Angestellter (i.ö.D.) nachweislich eine günstigere monatliche Rate für ein Beamtendarlehen als bei uns - bei 12jähriger Laufzeit – (inklusive Überschuss aus der Police), erhalten Sie einen **100.- € Tankgutschein**.



Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 378180-25
Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

Angebotsbeispiel:

Außerst günstige Beamten-/Angestellterdarlehen, z.B. B.a.L./Angestellte ö.D. unkündbar, 30J. alt, Lfz. 12 J., Sollzins fest (gebunden) 5,6%, 50.000 € Darlehensnennbetrag, mit. Rate 566,56 € inkl. erforderlicher LV, Kosten der Bank 1000 € = 2%, Darlehensnettbetrag 49.000 €, effektiver Jahreszins 6,66%. Bei 20 J. Lfz. Rate deutlich niedriger. Laufzeitverkürzung durch Gewinnanteilsverrechnung. Rufen Sie jetzt kostenfrei an. Baufinanzierungen ohne Eigenkapital bis 110%.

STUTTGARTER ZEITUNG VOM 8. März 2011

Aus einem Interview mit Justizminister Professor Dr. GOLL zum Dauerthema „PRIVATISIERUNG“

Offenbar sind bei Justizminister Prof. Dr. GOLL (FDP) als passioniertem Verfechter der Privatisierung gewisse „leichte“ Zweifel an den Segnungen dieser Betriebsform im Justizbereich aufgekomen, denn wie könnte er sonst sagen: „Aber es stimmt: Beim Thema Privatisierung habe ich insgesamt eher ernüchternde Erlebnisse. Man hat da wenig Freunde (oh je!), selbst wenn man eine sinnvolle Sache macht wie bei der Bewährungshilfe. ...“

Da der Minister nur die Bewährungshilfe erwähnt hat und die anderen Privatisierungsvorhaben in der Justiz – beim Notariatswesen und bei den Gerichtsvollziehern – u.W. noch nicht völlig umgesetzt sind, kann er mit seiner Interview-Antwort wohl nur den **teilprivatisierten Justizvollzug in der JVA Offenburg** meinen.

Da kann sich der **BSBD** gut anschließen: auch er hat bisher keinerlei erhe-

bende oder gar erfreuliche Erlebnisse mit dieser Privatisierungsmaßnahme im Vollzug.

Hierzu gibt's auch noch sehr kompetente Unterstützung aus berufenem Munde – nämlich von **Professorin Dr. jur. Angela KOLB (SPD)-Justizministerin in Sachsen-Anhalt**.

In einem Interview mit der sächsisch-anhaltinischen VOLKSZEITUNG vom 4. Februar 2011, das bereits die Überschrift trägt: „EIN PRIVATMODELL GIBT'S BEI MIR NICHT MEHR“, sagte sie (bezogen auf die JVA Burg): „Das Land hat sich für 25 Jahre finanziell gebunden. Ganz gleich, wie die Belegungszahlen in Burg aussehen.“

Auf neue Entwicklungen kann durch das Privat-Modell nicht ganz so flexibel reagiert werden, wie es in Haftanstalten in eigener Regie möglich wäre, weil dies vielfältige Abstimmungen mit dem Vertragspartner erfordert. Auch der Auf-

wand für das Justizministerium ist zumindest in der Anfangsphase größer, weil die Mitarbeiter der Vollzugsabteilung die Vertragsumsetzung begleiten müssen. Denn bei Mängeln muss das Land weniger zahlen.“ Frage: wie ist dies denn mit den Mängeln und dem Zahlen hier zu Ländle?

(Siehe auch: **Presseerklärung des BSBD Bundesvorsitzenden Anton BACHL vom 24.02.2011 mit dem Titel: „BSBD begrüßt Absage von Justizministerin Prof. Kolb an privaten Justizvollzug“**).

Ganz aktuell kommt einem da als einfach strukturiertem Zeitgenossen der schlichte Gedanke: Wie schön wäre es doch, wenn alle Lokführer noch Beamte und nicht privatisiert wären. Dann würden sie nicht streiken (dürfen) – und alle Personenzüge und alle Güterzüge führen – wahrscheinlich sogar – pünktlich!

Mitgliederversammlung im OV Bruchsal

Langjährige Mitglieder durch den Vorsitzenden geehrt

Anlässlich der diesjährigen Mitgliederversammlung des **BSBD-Ortsverbandes Bruchsal**, wurden durch den Vorsitzenden **Andreas Becker**, 10 Kollegen für Ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt.

50 Jahre:

Edwin Megerle, Otto Etzkorn

40 Jahre:

Hans Düllmann, Rolf Kellermann, Rolf Gauch, Herbert Michael, Karl Bender, Bruno Hiller, Erhard Franke.

25 Jahre:

Klaus Sonnenschein

Den geehrten Mitgliedern wurde durch den Ortsverbandsvorsitzenden **Andreas Becker**, gemeinsam mit **Georg Konrath** vom Landesverband des **BSBD** und Vorsitzender des Hauptpersonalrates eine Ehrennadel sowie eine Urkunde überreicht.

Zunächst wurde durch den Ortsverbandsvorsitzenden **Andreas Becker** die Mitgliederversammlung eröffnet. Er be-



Die Geehrten des Ortsverbandes Bruchsal.

grüßte neben den zahlreich erschienenen aktiven Mitgliedern und Pensionäre insbesondere **Georg Konrath** und **Elfriede Enle-Bohn** vom Landesvorstand, die vom OV Bruchsal zur diesjährigen Mitgliederversammlung eingeladen wurden.

Nach Genehmigung der Tagesordnung wurde den verstorbenen Kollegen **Rolf**

Zöller und **Franz Hardock** gedacht. Der 1. Vorsitzende **Andreas Becker** stellte im Anschluss daran seinen Bericht vor. Bei seinem Abriss des vergangenen Jahres ging er kurz auf die Sitzungen des Vorstandes, sowie den Ausflug nach Würzburg ein und insbesondere auf die stetig ansteigende Zahl an Mitgliedern im OV



Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt · Pf. 3136 · 46314 Borken-Weseke



Blick in den Versammlungsraum.

Bruchsal, welche sich im vergangenen Jahr auf 48 Neuzugänge belaufen.

Zum Ende seines Berichtes erfolgte noch eine kurze Vorschau über die geplanten Aktivitäten des angelaufenen Jahres. Es folgte der Kassenbericht, sowie der Bericht über den Mitgliederstand.

Nach dem Bericht des Kassenprüfers, wurde der Kassierer einstimmig entlastet.

Im Anschluss daran folgte ein für die aktiven Mitglieder sowie den Pensionären gleichermaßen sehr interessanter Vortrag über die Dienstrechtsreform durch den Kollegen **Konrath** vom Lan-

desvorstand sowie ein Abriss über seine Tätigkeit als Hauptpersonalrat.

Er schilderte eindrucksvoll die Bemühungen des Landesverbandes sowie die des Hauptpersonalrates.

Zeigte die erzielten Erfolge für die aktiven Beamten und Beamtinnen sowie der Pensionäre auf und machte deutlich welche Hürden noch zu überwinden sind.

Abschließend ergriff der Ortsverbandsvorsitzende **Andreas Becker** nochmals das Wort, dankte für den Vortrag und das entgegengebrachte Interesse der anwesenden Mitglieder und schloss die Versammlung.

Wichtiger erweiterter Versicherungsschutz für die Bediensteten des Justizvollzugs:



BADISCHE VERSICHERUNGEN

**BGV-Unfallversicherung
„Vollzugsfreundliche
Infektionsklausel für
Justizvollzugsbedienstete
(z. B. Infektion durch Spritzen)**

Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg

Neuwahlen und Ehrungen für langjährige und verdiente Mitglieder

Am 09. Dezember 2010 fand die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg in der Gaststätte Rhodia Stühle in Freiburg statt. Der Ortsverbandsvorsitzende Heinz Wintergerst begrüßte alle anwesenden Mitglieder sehr herzlich, ganz besonders den neu gewählten BSBD Landesvorsitzenden Alexander Schmid, den stellvertretenden Anstaltsleiter der JVA Freiburg und Justiziar im Landesverband Herrn Maurer-Hellstern, den stellvertretenden Landesvorsitzenden Hansjörg Schwaab, den stellvertretenden Landesrechner und Ehrenmitglied Erich Haag, die Kollegen der Ortsgruppe Waldshut-Tiengen und Lörrach, sowie alle Pensionäre.

Anschließend ging man zur Tagesordnung über, welche schriftlich vorlag und genehmigt wurde.

Die Mitgliederversammlung gedachte den verstorbenen Mitgliedern **Oskar Heilbock** und **Artur Ludwig**. Nach der Totenehrung verlas der Schriftführer **Werner Bürklin** den Tätigkeitsbericht der Vorstandschaft.

Im Anschluss daran berichtete die Kassiererin Kollegin **Bohr** über den Kassenstand und den Mitgliederbewegungen. Der Mitgliederstand ging geringfügig zurück, da 8 Kolleginnen und Kollegen nach der Ausbildung in Freiburg zu anderen Ortsverbänden gewechselt haben. Freiburg hat den größten Ortsverband mit 311 Mitglieder in Baden-Württemberg.

Der OV-Vorsitzende **Heinz Wintergerst** berichtete über ein ereignisreiches Jahr. Viele Termine und Veranstaltungen wurden durch die Vorstandschaft des Ortsverbandes wahrgenommen. Großes



Die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg war gut besucht.



V.l.n.r.: Heinz Wintergerst, Karl Adler.

Thema war 2010 die Dienstrechtsreform, welche dieses Jahr verabschiedet wurde und am 01.01.11 in Kraft tritt. Die wesentlichen Veränderungen wurden in der Personalversammlung am 24.11.10 vom HPR.-Vorsitzenden Kollege **Konrath** ausführlich erläutert.

Auch sonst sind ständige Änderungen und Erneuerungen in allen Bereichen des Strafvollzuges zu verzeichnen. Änderungen sind notwendig bei der Arbeitszeit und Urlaubsverordnungen. Diese Vorgaben stellen immense Herausforderungen an Anstaltsleitung, Personal und unseren Berufsverband. Wir als Vertreter des **BSBD** wollen uns diesen Aufgaben stellen und werden einen effizienten, modernen und leistungsstarken Strafvollzug mitgestalten. Nur auf diesem Wege werden wir den Privatisierungsbestrebungen unserer Politiker Paroli bieten können.

Für das Jahr 2011 ist bereits eine Ausflugsfahrt nach Kaisheim/Bayern geplant. Dies ist ein Gegenbesuch, nachdem die Kollegen aus Bayern letztes Jahr bei uns zu Besuch waren. Der genaue Reiseterrmin wird noch festgelegt. Die dreitägige Reise soll am Wochenende um den 3. Oktober 2011 stattfinden.

Nach dem Bericht des Vorsitzenden gaben die Fachgruppenvertreter ihre Berichte ab.

Als nächster Tagesordnungspunkt stand die Neuwahl der Vorstandschaft auf dem Programm.

Ergebnisse:

1. Vorsitzender:

Heinz Wintergerst

Stellvertr. Vorsitzender:

Mathias Vogginger

Kassiererin:

Maria Bohr

Schriftführer:

Werner Bürklin

Fachgruppenvertreter AVD:

Uwe Thiel



Mitgliedervorteile

Gewerkschaft Strafvollzug

Seit Januar 2011 ist der Landesvorstand Baden Württemberg in der Planung von Vorteilen für seine Mitglieder. Hier sollen verschiedene Firmen, Freizeitparks und andere Freizeitanbieter als Kooperationspartner gewonnen werden, um den Mitgliedern auch außerhalb vom „Justizvollzug“ etwas bieten zu können. Mit den geplanten und Mitte des Jahres folgenden Ausweis-Karten werden dann vergünstigte Eintritte in Bäder etc. für die Mitglieder und sogar teilweise für die Angehörigen gewährt. Auch „**ONLINE**“ haben wir schon einige Angebote, die auch bundesweit von den Mitgliedern genutzt werden können. Unter der Rubrik „**Mitgliedervorteile**“ werden wir hier im Vollzugsdienst die Firmen vorstellen und auch die Vorteils-Codes veröffentlichen, damit jedes Mitglied direkt Vorteile in Anspruch nehmen kann.

Hier nun die ersten Anbieter mit den Vorteils-Codes, die **bundesweit von allen Mitgliedern** genutzt werden können:

www.Brille24.de (Brillen) **BSBD-B24**
2 Brillen können pro Jahr und Mitglieder + Angehörige vergünstigt (um 5 €) online eingekauft werden. Angehörige der Mitarbeiter müssen sich unter eigenem Namen anmelden, bekommen aber mit dem Vorteils-Code die selben Vergünstigungen!

www.fleurop.de (Blumen) **BSBD2011**
Je Bestellung erhält man 4,00 € Preisnachlass auf alle Produkte!

www.schlemmerblock.de (Gutscheine) **BSBD 2011**
Ihr erhaltet den Schlemmerblock 2011 passend zur Region zum Vorteilspreis von:
– bei 1 Stück: 16,90 € inkl. MwSt. zzgl. 3,96 € Versand.
– ab 3 Stück: 9,96 € inkl. MwSt. inkl. Versandkosten.

www.Gutscheinbuch.de (Gutscheine) **BSBD 6059343**
Hier gibt es 20% Rabatt auf den Einzelpreis. Bei einer Abnahme von 3 Büchern entfallen ausserdem die Versandkosten.

www.linsenplatz.de (Kontaktlinsen) **BSBD 10LP2011**
Hier bekommt man 10% auf die gesamte Bestellung.

www.handwerker-versand.de (Baumarkt) **BSBD 258**
Hier bekommt man 5% auf die gesamte Bestellung.

Es handelt sich hier um Angebote der jeweiligen Online-Anbieter. Der **BSBD** Landesverband Baden-Württemberg fungiert als Vermittler und schließt jegliche Haftung aus.
Bei Anregungen und Fragen zur Aktion „Mitgliedervorteile Baden-Württemberg“ bitte Kontakt unter **lars.rinklin@jvaheilbronn.justiz.bwl.de** aufnehmen.

Fachgruppenvertreter WD:

Otto Menner

Fachgruppenvertreter

Krankenpflegedienst: Bernd Allgeier

Fachgruppenvertreter Außenstellen:

Werner Bach

Fachgruppenvertreter

Mittlerer Verwaltungsdienst:

Michael Bank

Fachgruppenvertreter Frauen:

Andrea Wrobel

Fachgruppenvertreter Angestellte:

Bernadette Trendle

Fachgruppenvertreter Pensionäre:

Karl Adler

Kollege **Wintergerst** bedankte sich bei den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern für ihre Mitarbeit.

Die neu gewählten Vorstandsmitglieder lud er zu einer konstruktiven Mitarbeit ein.

Ehrungen:

Für **25 Jahre** Mitgliedschaft wurden die Kollegen: **Helmut Enßle, Bernd Allgeier, Joachim Hügel, Thomas Klausmann** und **Walter Götz** geehrt.

Für **50 Jahre** Mitgliedschaft wurden die Kollegen: **Richard Fackler, Erich**

Haag, Roland Winterhalder und **Herbert Eberle** geehrt.

Der 1. Vorsitzende bedankte sich bei allen geehrten Kollegen für ihre langjährige Treue im Verband und übergab die Urkunden, Ehrungsnadeln und ein Weinpräsent. Besonders hob Koll. **Wintergerst** die fast unübertreffliche Lebensleistung und Verdienste des **Ehrenmitgliedes Erich Haag** hervor. Seit 1960 ist er Mitglied im **BSBD** und seit 1965 ist er ununterbrochen im Landesvorstand tätig. Er war 27 Jahre Bundeskassierer und 28 Jahre Landeskassierer. 18 Jahre war er Schriftführer im Ortsverband Freiburg. Im Landesverband ist er immer noch tätig als stellvertr. Landeskassierer und beschäftigt sich täglich mit der Mitgliederverwaltung.

Kollege **Wintergerst** würdigte die überragende Arbeit des Kollegen **Adler**

in der Vorstandschaft. **Karl** war fast 10 Jahre stellvertr. Vorsitzender im Ortsverband. Er wurde im August 2010 pensioniert. **Wintergerst** betonte, dass er froh sei, dass **Karl** die Nachfolge des ausscheidenden Pensionärsvertreters **Spelge** angetreten habe und somit immer noch zum Kreis der Vorstandschaft gehöre. Als Dank für seine Arbeit im Ortsverband überreichte Kollege **Wintergerst** ein Präsent und einen Gutschein, den er in einem Cafe in seinem Heimatort St. Märgen einlösen kann.

Der 1. Landesvorsitzende **Alexander Schmid** berichtete in seinem Referat aktuell über die Landesverbandsarbeit. Dabei ging er auf die Themen: Blaue Uniform, Gesundheitsmanagement und die aktuelle politische Situation sehr ausführlich ein. Am Schluss seines Vortrages appellierte er an die Mitglieder zusam-

men zu stehen und sich nicht auseinander dividieren zu lassen. Nur wenn man gut organisiert ist, kann man Erfolge erzielen.

Unter Punkt Verschiedenes referierte Kollege **Karl Adler** über den BRH. An Hand von Beispielen erklärte er, warum man dem BRH beitreten soll. Bei Sachfragen habe der BRH kompetente Vorstandsmitglieder. Bundesvorsitzender ist der ehemalige Gewerkschaftsvorsitzende der Polizei **Dieter Berberich**. Ebenfalls im Vorstand vertreten sind **Ernst Steinbach** (bis Nov. 2010 **BSBD** Landesvorsitzender) und der ehemalige stellvertr. Leiter der Beihilfestelle, Herr **Schulz**. Gerade der Pensionär sei in der Politik ein besonderes Reizthema geworden. Der BRH kämpft für die Pensionäre, deshalb ist es wichtig für den BRH zu werben, so Kollege **Adler**.
Werner Bürklin



25 Jahre im Verband: 2.v.l. Klausmann, Hügel, Allgeier.



50 Jahre im Verband: 2.v.l. Haag, Fackler, Eberle.

Buchbesprechung

Strafgesetzbuch

Der neue Kommentar erläutert umfassend und fundiert alle Vorschriften des Strafgesetzbuchs (StGB). Dabei gibt er einen verlässlichen Überblick sowie eine Auswertung der aktuellen höchstrichterlichen Rechtsprechung und Literatur. Das Werk berücksichtigt alle relevanten Gesetzesänderungen, wie die Einführung der Kronzeugenregelung durch den neuen § 46 b StGB, die Änderung des § 40 StGB (Geldstrafen), die Neuregelung der §§ 89 ff. StGB und die §§ 145 (Missbrauch von Notrufen und Beeinträchtigung von Unfallverhütungs- und Nothilfemittel) und 164 (Falsche Verdächtigung) StGB.

Das Werk wendet sich an Strafverteidiger, Strafrichter, Staatsanwälte, Referendare und an Studenten.

Weitere Informationen: www.beck-shop.de/29911.

Prof. Dr. Bernd von Heintschell-Heinegg (Hrsg.), *Strafgesetzbuch*, Verlag C.H. Beck, 2010, LXIII, 2572 Seiten, in Leinen € 139,00. ISBN 978-3-406-59900-2

Kommentar

1. Auflage, herausgegeben von Prof. Dr. Bernd von Heintschell-Heinegg, VROLG München; Verlag: C.H. Beck München 2010
Ein neuer Kommentar zum Strafgesetzbuch, der geeignete Leser



wird sich fragen, genügt nicht die vorhandene umfangreiche Literatur von Strafgesetzbuchkommentaren? Der Hinweis darauf, dass es sich um einen Online-Kommentar handelt, könnte vielleicht die gestellte Frage beantworten. Nun liegt fast zeitgleich mit der StPO-Ausgabe im Verlag C.H. Beck die erste Printversion des Beckschen Online-Kommentars vor.

Ein Blick in das Werk zeigt dann doch, wie es so schön in der Werbung des Verlages heißt, „da steckt System dahinter“. Alle Paragraphen werden durch allgemeine Vorbemerkungen eingeführt. Dies genügt für eine erste Orientierung und erleichtert in der täglichen Praxis die Arbeit am einzelnen Fall. In der ausführlichen weiteren Kommentierung kann dann, falls es notwendig sein sollte, vertieft in die Materie eingedrungen werden. Dies ist ein nicht zu unterschätzender Vorteil bei einem Kommentar mit 2500 Seiten. Für einen Praktiker-Kommentar ist die lückenlose Darstellung der Rechtsprechung eine Selbstverständlichkeit. Übersichtliche Checklisten und weitere Erläuterungen komplementieren jedoch das Angebot und erleichtern die praktische Arbeit. Als Leiter einer Justizvollzugsanstalt mit der Zuständigkeit für die Vollziehung der Maßregel der Sicherungsverwahrung verweise ich gerne auf die hervorragende Kommentierung der §§ 66 ff StGB durch Herrn VRLG Theo Ziegler. Deshalb zur Beantwortung meiner Eingangsfrage: Der „von Heintschell-Heinegg“ ist ein neuer Kommentar zum Strafgesetzbuch, der die Anschaffung lohnt und von der auch Juristen im Strafvollzug profitieren.
Rösch, Ltd. Reg. Direktor